

Bemerkenswert an der Studie des Heidelberger Politikwissenschaftlers ist die gelungene Verbindung von politikwissenschaftlichen Instrumentarium und regionaler Expertise. Während einige Leser möglicherweise bemängeln werden, dass keine landessprachlichen Quellen erschlossen wurden, tut dies aus Sicht des Rezensenten der Qualität der Analyse keinen Abbruch. Dem Leser wird ein bestens konzeptionell unterfütterter, konsequent umgesetzter Vergleich dreier relevanter Länderbeispiele präsentiert, der zahlreiche Ansatzpunkte für folgende Untersuchungen bietet. Dies gilt nicht nur in Bezug auf weitere Fallstudien junger Demokratien: Croissants Ausführungen reizen auch zu komplementären historisch-soziologischen Untersuchungen der behandelten politischen Systeme, die mittels einer konfigurativen Gesamtanalyse helfen könnten, das Verständnis weiterhin bedeutsamer informeller institutioneller Arrangements in den drei Demokratien zu vertiefen.

Croissants Studie ist in zumindest dreierlei Hinsicht anregend. Stimulierend ist zunächst die Aufbereitung einer Fülle relevanter empirischer Bezüge. Daneben bietet der konzeptionelle Teil eine gelungene Auseinandersetzung mit den verschiedenen Dimensionen liberaler Demokratien. Schließlich lädt die Frage, ob diese zum Referenzmaßstab für die Analyse nichtwestlicher Demokratien gemacht werden sollten zur Diskussion ein – wobei nicht jeder Leser der Sichtweise von Croissant folgen wird. Stoff für Diskussionen bietet die Frage aber in jedem Fall. Klar ist dabei, dass sich junge Demokratien in verschiedenen Teilen der Welt nicht auf einem linearen Entwicklungspfad mit liberalen demokratischen Gemeinwesen als quasi "natürlichem" Endpunkt befinden. Eine derartige teleologisch orientierte Perspektive, die sich sowohl in der früheren modernisierungstheoretischen Literatur als auch in Teilen der Transitions-/Transformationsliteratur findet, wird denn auch explizit von Croissant abgelehnt, wenn auch gelegentlich Wendungen wie "Fortschritt", "Stagnation" oder "Erfolge auf dem Weg zur liberalen Demokratie" (S. 204, 205) in der Arbeit auftauchen. Etwas lesefreundlicher hätte die Studie hier und da durch den Verzicht auf politikwissenschaftlichen Jargon werden können – diesen hat diese gelungene und empfehlenswerte Arbeit nämlich nicht nötig.

Patrick Köllner

Jona A. Dohrmann: Directive Principles of State Policy in der indischen Verfassung unter Berücksichtigung der Staatszielbestimmungen des deutschen Grundgesetzes

Heidelberg: Ergon Verlag 2002, 296 S., 46 €

Die Entwicklung vieler moderner Verfassungen zeigt Tendenzen auf, Aufgaben des Staates näher zu bestimmen und staatliches Handeln in eine bestimmte Richtung zu lenken. Allein die Sicherung von Grundfreiheiten in der Verfassung wird bei der Lösung aktuell anstehender sozialer und wirtschaftlicher Probleme nicht mehr als ausreichend erachtet. Im Vordergrund steht die Errichtung einer "gerechten" Sozialordnung. Staatszielbestimmungen sind wichtige Bestandteile solcher Ordnungsentwürfe. Deren vielfältige Problematik und deren Umsetzung in Indien und in Deutschland stehen im Mittelpunkt der hier zu besprechenden Arbeit.

Das vorliegende Werk besteht aus sechs Teilen. Zunächst gibt der Autor eine Einführung (A.), in der er die Schwerpunktbildung der Abhandlung umreißt. In Teil B setzt sich der Autor mit dem Begriff der Staatszielbestimmung (*Directive Principles*) auseinander. Er beschreibt deren Entstehung in beiden Ländern und erläutert Wesen und Funktion von Staatszielbestimmungen im modernen Verfassungsstaat. Sowohl Indien als auch die Bundesrepublik Deutschland standen – wenn auch unter anderen Vorzeichen – 1949 vor einem Neuanfang. Vor diesem Hintergrund beleuchtet Teil C die Entwicklung der Staatszielbestimmungen in den beiden Ländern. Mit Hilfe historischer Rückblicke liefert der Autor jeweils den geschichtlichen und politischen Hintergrund für die Entwicklung der Staatszielbestimmungen. Hieran schließt sich in Teil D eine Statusbestimmung der Staatszielbestimmungen in beiden Ländern an. Der Autor untersucht dabei die Einordnung der *Directive Principles* und der Staatszielbestimmungen in das System von Grundrechten und Staatsdirektiven im Verlauf der Zeit. Sein besonderes Augenmerk richtet er dabei auf die in der Verfassungskrise von 1975 gipfelnde Auseinandersetzung zwischen indischem Parlament und dem *Supreme Court of India* u.a. um das Verhältnis zwischen Staatszielbestimmungen und Grundrechten (*Fundamental Rights*). Einen wesentlichen Teil seiner Arbeit (E.) widmet der Autor der Umsetzung der Staatszielbestimmungen. Vorrangig geht er dabei der Frage nach, ob und in welchem Umfang eine Umsetzung der Staatszielbestimmungen durch die Rechtsprechung und die Staatsrechtslehre stattgefunden hat. In diesem Zusammenhang setzt sich der Autor kritisch mit der Wechselwirkung zwischen Grundrechten und Staatszielbestimmungen in beiden Verfassungsordnungen auseinander.

Jeder der Hauptteile schließt mit einem eigenen Ergebnis. Im letzten Teil (F.) zieht der Autor ein abschließendes Fazit und bewertet die gewonnen Erkenntnisse. Den Schluss der Arbeit bildet ein englisches *Summary*.

Das Buch enthält alle zum Verständnis relevanten Rechtstexte aus beiden Rechtsordnungen, einschließlich wichtiger internationaler Rechtsquellen. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis ermöglicht dem interessierten Leser eine weiter gehende und vertiefende Beschäftigung mit den verschiedenen Teilaspekten der angesprochenen Fragenkreise.

Mit Dohrmanns Arbeit liegt nunmehr bereits der 190. Band der Reihe *Beiträge zur Südasiensforschung* des Südasiens-Instituts der Universität Heidelberg vor. Das Werk ist der erste Band in der Forschungsreihe in neuem Gewande. Nach einem Verlagswechsel präsentiert sich die Reihe überaus ansprechend in neuem und zeitgemäßem Erscheinungsbild. Dem äußeren Erscheinungsbild entspricht die inhaltliche Aufarbeitung der Thematik. Wie der Autor bereits im Vorwort hervorhebt, war es ihm – nicht zuletzt wegen seines eigenen biografischen Hintergrundes – ein besonderes Anliegen, eine Arbeit "im Schnittpunkt deutsch-indischer Verfassungslehre und Geschichtsschreibung" zu verfassen.

Interdisziplinarität ist dann auch das besondere Kennzeichen der vorliegenden Arbeit. Ausgehend vom Verfassungsrecht verbindet der Autor gelungen die Teildisziplinen Recht, Geschichte und Politik. So unterschiedlich diese auf den ersten Blick auch sind, letztlich sind sie untrennbar miteinander verbunden. Insgesamt gelingt es

dem Autor, komplexe Zusammenhänge anschaulich darzustellen. Das Werk ist gleichermaßen Fachbuch und Nachschlagewerk.

Stefan Sauer

Andreas Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien (1965-2000)

Hamburg: Institut für Asienkunde 2002 (MIA 348), xlviii + 627 S., 58 €

Als bevölkerungsreichstes islamisches Land der Welt und regionales Schwergewicht in Südostasien spielt Indonesien mit seinen ca. 220 Mio. Einwohnern in der Weltpolitik nicht erst seit dem 11. September 2001 eine bedeutende Rolle. Vor diesem Hintergrund mutet es verwunderlich an, dass bis zum Erscheinen von Ufens Dissertation keine umfassende deutschsprachige Gesamtdarstellung der neueren politischen Geschichte Indonesiens von 1965 bis heute vorlag. Gerade angesichts der aktuellen außenpolitischen Entwicklungen füllt Ufens Werk deshalb eine bedeutende Forschungslücke der im Bereich der islamischen Länder Südostasiens erschreckend gering ausgebauten deutschsprachigen Politikwissenschaft. Die anschaulich geschriebene Arbeit wird deshalb wohl bald als Standardwerk in vielen Institutionen der Politikberatung und -analyse, die sich mit Südostasien und der islamischen Welt beschäftigen, zu finden sein.

Der Arbeit von Ufen liegt das inzwischen zum Klassiker avancierte theoretische Analysekonzept der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (SKOG) von Schubert/Tetzlaff/Vennewald (1994) zugrunde. Bekanntlich wird darin das Konzept der strategischen Gruppen, das von Evers und Schiel (1988) in Bielefeld entwickelt wurde, um ein Modell zur Analyse von politischer Opposition sowie des Transitionsprozesses hin zu einer Demokratie erweitert. Gegenüber der früher oft üblichen starren Klassenanalyse bieten die kombinierten Ansätze von Evers/Schiel und Schubert/Tetzlaff/Vennewald die Möglichkeit, Koalitionen von politischen und sozialen Gruppen sowie ihre Interaktionen mit den Gegenspielern in den verschiedenen Phasen des Transitionsprozesses wesentlich flexibler zu erfassen. Gerade in stark im Wandel begriffenen Gesellschaften der so genannten Dritten Welt, in denen oft starre Klassenbildungen (noch) nicht oder nicht mehr vorliegen, können so Demokratisierungsprozesse sowie mögliche Blockaden besser erfasst und vergleichender Forschung zugänglich gemacht werden.

Allerdings ist es Ufens Anliegen, nicht nur die erste umfassende Darstellung der Herrschaftsfiguration in Indonesien von 1965 bis heute vorzulegen. Das erklärte Ziel der Arbeit besteht auch darin, das SKOG-Konzept anhand des Beispiels Indonesien empirisch zu überprüfen. Um es vorweg zu sagen: Der theoretische Anspruch der Arbeit wird nicht durchgängig eingehalten, sodass die theoretischen Schlussfolgerungen nach mehr als 600 Seiten empirischer Darstellung eher als Nebenprodukt erscheinen. Ufens abschließende Kritik am SKOG-Konzept ("nur bedingt zur Analyse geeignet", S. 577) mag daher lediglich aufschlussreiche Fingerzeige für die weitere theoretische Diskussion geben.